

IMPLEMENTIERUNGSPLAN W7 2022



Die Zeit für eine geschlechtergerechte Zukunft ist gekommen

Präambel

Die W7 ruft die G7-Verantwortlichen dazu auf, den Prinzipien der Geschlechtergerechtigkeit, des Friedens und der Umweltintegrität in allen Politikfeldern zu folgen. Auf der Grundlage feministischer Prinzipien der Inklusion und der Intersektionalität¹² halten die W7 die G7-Verantwortlichen an, die Menschenrechte Aller zu fördern und zu schützen, koloniale, rassistische und patriarchale Machtstrukturen abzubauen und signifikante Ressourcen für Frauenrechte und feministische Organisationen bereitzustellen, um diesem Ziel gerecht zu werden. Die W7 ruft die G7-Verantwortlichen dazu auf, sich auf die Bedürfnisse und Lebensrealitäten von Frauen, Mädchen und marginalisierten Gruppen zu konzentrieren, ihre bedeutsame Teilhabe an Entscheidungsprozessen zu fördern und Machtstrukturen, denen Ungleichheiten inhärent sind, zu überwinden. Der Implementierungsplan der W7 setzt Geschlechtergerechtigkeit als zentrales Ziel aller Politikfelder und verfolgt dabei einen gendertransformativen und menschen-rechtsbasierten Ansatz.

¹ **Intersektionale Ansätze fordern den Abbau** und die zielgerichtete Überwindung aller strukturellen und sich überschneidenden Formen der Diskriminierung aufgrund von Merkmalen wie Genderidentität, Hautfarbe, *race*, Ethnizität, soziale Stellung, Behinderung, Nationalität, Religion, Alter, geographische Lage, Flucht- oder Vertriebenenstatus, politische Zugehörigkeit und sexuelle Orientierung, das heißt Diskriminierung, die in Kolonialismus, Kapitalismus und dem Patriarchat verwurzelt ist.

² **Die W7 erkennt an, dass dieselben Systeme des Patriarchats**, rigider Binaritäten und archaischer Gendernormen, die Frauen unterdrücken, **ebenso LGBTIQ* marginalisieren und ausschließen.**

Die Zeit für eine geschlechtergerechte Zukunft ist gekommen

GESCHLECHTERGERECHTE BEWÄLTIGUNG DER COVID-19-PANDEMIE

Die COVID-19-Pandemie hat Frauen und Mädchen überproportional betroffen und dabei strukturelle Ungleichheiten verstärkt und reproduziert, die nicht nur auf Geschlecht, sondern auch auf intersektionalen Merkmalen wie Hautfarbe, Race, Ethnizität, Klasse, sexuelle Orientierung und Genderidentität, Behinderung und Vertriebenstatus basieren. Die Pandemie hat zudem anschaulich offenbart, welche zentrale Rolle die Care-Ökonomie für das normale Funktionieren unserer Gesellschaft und Wirtschaft spielt. Ebenso ist die chronische Unterfinanzierung von hinreichenden und bezahlbaren öffentlichen Versorgungsdienstleistungen sowie von geschlechtergerechter sozialer Absicherung klar geworden. Gefüllt werden diese Versorgungslücken mit der un- oder unterbezahlten Sorgearbeit von Frauen. Gleichzeitig wurde das Recht auf sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte (sexual and reproductive health and rights – SRHR) signifikant geschwächt und es besteht eine globale Ungleichheit im Zugang zu Impfstoffen. Die aktuellen Krisenbewältigungsstrategien sind offensichtlich nicht wirksam. Die Bewältigung der Folgen der Pandemie stellt eine Gelegenheit – und auch eine Notwendigkeit – dar, sozial gerechtere Gesellschaften zu schaffen durch eine transformative Politik, die strukturelle Geschlechterungleichheiten ins Visier nimmt und die Wichtigkeit von Sorgearbeit in den Mittelpunkt stellt.

Wir rufen die G7-Verantwortlichen auf, Folgendes zu leisten:

I. Einführung einer transformativen Wirtschaftspolitik, die über „Krisenmanagement“ hinauswirkt, um strukturelle ökonomische Hürden der Geschlechtergerechtigkeit zu überwinden – insbesondere für Black, Indigenous und People of Color (BIPOC) und LGBTIQ*:

- **Umsetzung** von feministischen makroökonomischen Konjunkturpaketen, die gute und menschenwürdige Arbeit für Frauen fördern und die Ungleichheiten aufgrund von Geschlecht und anderen Merkmalen in G7-Ländern in Angriff nehmen, durch eine progressive Steuerpolitik³ und das Schaffen guter und menschenwürdiger Arbeit mit fairer Bezahlung und Arbeitnehmer*innenrechten, insbesondere in Bereichen, in denen vorrangig Frauen tätig sind, etwa im Sozial- und Gesundheitswesen sowie im Dienstleistungssektor.
- **Stärkung** der Repräsentation, der Beteiligung und des Einflusses von Frauen bei der Bewältigung der COVID-19-Pandemie und dem wirtschaftlichen Wiederaufbau, unter anderem durch die systematische Förderung und Einbeziehung von feministischen und Frauenrechtsorganisationen (women’s rights organizations – WRO) in die Gestaltung, Umsetzung und Evaluation der politischen Maßnahmen.
- **Sicherstellung**, dass Regierungen des globalen Südens über ausreichenden finanziellen Spielraum für eine gerechte, inklusive und gleichberechtigte COVID-19-Konjunkturstrategie verfügen, indem alle ausstehenden Staatsschulden, inklusive von privaten Gläubiger*innen aufgehoben, und illegale Finanzströme bekämpft, sowie höhere globale Unternehmenssteuersätze festgelegt werden, die verhindern, dass Profite zur Steuersenkung verschoben werden.
- **Etablierung** einer UN-Steuerinstanz, die es allen Ländern ermöglicht, sich auf Augenhöhe an globalen Diskussionen über Steuerpolitik zu beteiligen.

³ Eine progressive Steuerpolitik stellt sicher, dass Reiche einen höheren Anteil ihres Vermögens versteuern müssen als die Ärmsten. Für weitere Informationen, s. [Progressive taxation – ActionAid International](#) (EN). Zuletzt abgerufen am 25. April 2022.

Die Zeit für eine geschlechtergerechte Zukunft ist gekommen

- **Beendigung** der schädlichen Sparpolitik von internationalen Finanzinstitutionen, inklusive der Einsparungen bei öffentlichen Versorgungsleistungen, und Eindämmung von illegalen Finanzströmen und Steuerhinterziehung, da dies überproportional Frauen und Mädchen betrifft und einen gleichberechtigten wirtschaftlichen Wiederaufbau unterwandert.

II. Investitionen in die Care-Ökonomie und Anerkennung ihrer zentralen Rolle bei allen COVID-19-Konjunkturmaßnahmen, um sicherzustellen, dass die un- oder unterbezahlte Sorgearbeit von Frauen nicht mehr dazu genutzt wird, Lücken in der öffentlichen Versorgung zu füllen:

- **Erhöhung** öffentlicher Ausgaben für soziale Infrastruktur und gendertransformative Gesundheits- und Versorgungsdienstleistungen um zusätzliche 2% des Bruttoinlandsprodukts (BIP).
- **Gewährleistung** öffentlicher Förderung für universell zugängliche gendersensible Sozialversicherungsstrukturen, insbesondere in Bezug auf Frauen im informellen Arbeitssektor.
- **Anerkennung** des Wertes unbezahlter Sorgearbeit in allen wirtschaftspolitischen Entscheidungen durch Einbeziehung bei makroökonomischen Indikatoren wie dem BIP.
- **Förderung** von angemessenen Arbeitsbedingungen, Arbeitnehmer*innenschutz, Tarifverhandlungen und ausreichend hohen Löhnen für alle Arbeitnehmer*innen im Gesundheits- und Pflegesektor, sowohl im formellen als auch im informellen Bereich, sowie von Bildung, Ausbildung und Weiterbildung. Gewährleistung von Repräsentation und bedeutsamer Teilhabe aller Gesundheitsarbeiter*innen – einschließlich der hauptsächlich weiblichen migrantischen und informellen Gesundheitsarbeiter*innen – bei der politischen Entscheidungsfindung.

III. Berücksichtigung der dringenden Gesundheitsversorgungskrise, die durch die Pandemie offenbart wurde, einschließlich der Notwendigkeit einer fairen globalen Verteilung von Impfstoffen und geschlechtergerechter sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechte, der Gesundheitsversorgung von Müttern und universell zugänglicher Gesundheitsversorgung für marginalisierte Gruppen, einschließlich Geflüchteter und Migrant*innen.

- **Unterstützung** des ACT Accelerator und des vorgeschlagenen TRIPS Waiver sowie Förderung von Last Mile Delivery, um das WHO-Ziel einer 70-prozentigen Impfquote für alle Einkommensklassen und Genderidentitäten sowie einer fairen Verteilung überschüssiger COVID-19-Impfdosen an Niedrigeinkommensländer bis Mitte 2022 zu erreichen.⁴ Außerdem: Förderung der gemeinsamen Nutzung von sonstigen medizinischen Mitteln mit einkommensschwächeren Ländern.
- **Gewährleistung** des Zugangs zu SRHR und der Förderung derselben mithilfe der WHO, z. B. durch den Ausbau der Muskoka-Initiative von 2010 und die Erhöhung der dafür bereitgestellten Gelder, sowie durch den Abbau diskriminierender Gesetzgebung, die essenzielle SRHR kriminalisiert, wie die Mexico City Policy – „Global Gag Rule“ genannt – und anderen Anti-Abtreibungsgesetzen.
- **Längst überfällige Lehren ziehen** aus den Erfahrungen der Vergangenheit, etwa während der westafrikanischen Ebola-Pandemie, und Anerkennung der Korrelationen zwischen verschiedenen Gesundheitsrisiken wie HIV/AIDS und COVID-19, um globale

⁴ WHO 2021. Erreichen einer COVID-19-Impfquote von 70 % bis Mitte 2022. Statement der Independent Allocation of Vaccines Group (IAVG) von COVAX. <https://www.who.int/news/item/23-12-2021-achieving-70-covid-19-immunization-coverage-by-mid-2022>. Zuletzt abgerufen am 27. April 2022.

Die Zeit für eine geschlechtergerechte Zukunft ist gekommen

Gesundheitssysteme umfassend zu stärken. Gewährleistung ausreichender Investitionen in die Verhinderung, Vorbereitung und Reaktion auf zukünftige Pandemien.

- **Stärkung** geschlechtersensibler öffentlicher Gesundheitssysteme durch universelle Gesundheitsversorgung, um finanzielle Hürden und Diskriminierung beim Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen zu reduzieren, von denen überproportional Frauen, Mädchen und andere marginalisierte Gruppen betroffen sind, sowie Gewährleistung des Rechts auf angemessene Gesundheitsversorgung.
- **Verpflichtung** zur Berücksichtigung von Frauen verschiedener Altersgruppen, inklusive Schwangeren und unter Anerkennung der Grundsätze der Intersektionalität, in der Forschung zu neuen Medikamenten und medizinischen Behandlungen für (Long)-COVID, um sicherzustellen, dass Frauen in all ihrer Diversität Gleichbehandlung erfahren.



WIRTSCHAFTLICHES EMPOWERMENT VON FRAUEN, GERECHTIGKEIT UND RECHTE

Ohne die ökonomische Stärkung von Frauen ist kein Fortschritt für Geschlechtergerechtigkeit möglich. Laut dem Weltwirtschaftsforum⁵ wird es weitere 268 Jahre brauchen, um die geschlechtsspezifische

⁵ Global Gender Gap Report 2021. Online: https://www3.weforum.org/docs/WEF_GGGR_2021.pdf. Zuletzt abgerufen am 28. März 2022.

Die Zeit für eine geschlechtergerechte Zukunft ist gekommen

Lücke in Bezug auf wirtschaftliche Beteiligung zu schließen. Laut einem kürzlich erschienenen Bericht⁶ der Weltbank sind Frauen weiterhin weltweit Gesetzen und Regeln ausgesetzt, die ihr ökonomisches Potenzial begrenzen. Die Coronapandemie schafft zudem neue Herausforderungen hinsichtlich ihrer Gesundheit, Sicherheit und wirtschaftlichen Situation. Angesichts globaler Krisen müssen die G7-Staaten dafür sorgen, dass der Fortschritt von Frauen und Mädchen in der Arbeitswelt weiter voranschreitet, und sie ihre wirtschaftlichen Rechte vollumfänglich wahrnehmen können. Besonderes Augenmerk sollte dabei auf einer Priorisierung der Bedürfnisse von Frauen liegen, die von Konflikten, Naturkatastrophen, Krisen und Flucht betroffen sind.

Wir fordern die G7 dazu auf, Folgendes zu leisten:

I. Förderung des Zugangs zu angemessener Arbeit für alle Frauen und Bekämpfung bestehender geschlechtsspezifischer Lohn- und Rentengefälle:

- **Förderung** angemessener Arbeitsbedingungen in allen Teilen globaler Lieferketten, für Frauen im In- und Ausland, mit existenzsichernder Bezahlung und sozialer Absicherung, auch für migrantische Arbeiterinnen und Frauen im informellen Sektor. Diese Maßnahmen sollten sich an den ILO-Konventionen für Vereinigungsfreiheit und das Recht zu Kollektivverhandlungen orientieren. Die G7-Staaten müssen ILO Konvention C189 (menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte) und C190 (Beseitigung von Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt) ratifizieren.
- **Verpflichtung** von Unternehmen und Regierungsinstitutionen, regelmäßig und transparent Überprüfungen zur Lohngleichheit durchzuführen, Gewährleistung des Rechts auf vollständige und transparente Informationen für alle Angestellten, und, als effektivste Maßnahme zur Verringerung des geschlechtsspezifischen Lohngefälles, Einführung verpflichtender Mindestlöhne in ausreichender Höhe.
- **Sicherstellung**, dass die politischen und rechtlichen Vorgaben und Praxisnormen in den Bereichen Lieferketten, Unternehmertum und ökonomische Beteiligung gendertransformativ sind und den Verpflichtungen aus dem Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), den ILO-Konventionen C177 und C190⁷ und ihren allgemeinen Richtlinien entsprechen.
- **Durchsetzung** zivilrechtlicher Haftungsnormen in allen Wertstoff- und Lieferketten, und Unterstützung des Entwurfs eines bindenden Vertrags der Vereinten Nationen über Wirtschaft und Menschenrechte, mit besonderem Fokus auf Frauenrechte.

II. Unterstützung der Unternehmensgründung von Frauen und von Frauen in Führungspositionen:

- **Sicherstellung** vollständiger Parität in den Aufsichtsräten öffentlicher und börsennotierter Unternehmen in den G7-Staaten bis 2030, indem entsprechende Zielvorhaben, Quoten und

⁶ Women, Business and the Law 2021. Online:

<https://openknowledge.worldbank.org/bitstream/handle/10986/35094/9781464816529.pdf>. Zuletzt abgerufen am 28. März 2022.

⁷ ILO C190 – Violence and Harassment Convention 2019 (C190):

https://www.ilo.org/dyn/normlex/en/f?p=NORMLEXPUB:12100:0::NO::P12100_ILO_CODE:C190. Zuletzt abgerufen am 7. April 2022.

Die Zeit für eine geschlechtergerechte Zukunft ist gekommen

geschlechtersensible öffentliche Auftragsverfahren umgesetzt, sowie effektive Sanktionen bei Nichterfüllung von Quoten eingeführt werden.

- **Schaffung** eines aktualisierten politischen Rahmens, der Anreize zur Förderung der Unternehmensgründung von Frauen sowie ihrer ökonomischen Stärkung schafft, einschließlich einer zusätzlicher Fördermittel zum Abbau von Hürden für die ökonomische Teilhabe von Frauen, wie etwa diskriminierende soziale Normen oder die überwiegend von Frauen geleistete unbezahlte Sorgearbeit. Die G7 sollten wirksame Maßnahmen ergreifen, um gleichberechtigten Zugang zu Finanzierung, Märkten und Beschaffungsmöglichkeiten für Frauen in all ihrer Diversität sicherzustellen.
- **Förderung der öffentlichen Auftragsvergabe** für von Frauen geführte klein- und mittelständige Unternehmen (KMU), sowie Schaffung von Anreizen zur Auftragsvergabe an von Frauen geführte KMU, insbesondere in Anerkennung der Tatsache, dass von Frauen geführte Unternehmen überproportional von der Pandemie betroffen waren⁸, und einen dringenden Bedarf an maßgeschneiderten Unterstützungspaketen haben.

III. Integration von Geschlechtergerechtigkeit und Frauenrechten in die Umwelt-, Sozial- und Regierungsstandards (ESG). Sozial- und Regierungsstandards sollten im gleichen Maße wie die Umweltstandards in die ESG-Entscheidungsfindung sowie in die darauffolgende Umsetzung einfließen.

IV. Bereitstellung von Bildung, Mentoring und Ausbildungssystemen auf allen Ebenen für Frauen und Mädchen in all ihrer Diversität:

- **Verpflichtung** zum Erreichen der SDG 4 Teilziele bezüglich der Bildung von Mädchen, laut denen weitere 40 Millionen Mädchen in Ländern mit niedrigen bis mittleren Einkommen bis 2026 Zugang zu Bildung erhalten, sowie weitere 20 Millionen Mädchen bis zum Alter von zehn Jahren lesen lernen sollen. Hier braucht es entschlossene Zusagen der gesamten G7, um eine vollständig finanzierte globale Partnerschaft für Bildung sicherzustellen.
- **Sicherstellung** der besonderen Förderung von Frauen und Mädchen in Bildungsbereichen wie Naturwissenschaften, Technik, Ingenieurwesen und Mathematik (MINT), sowie der Umschulung und Weiterbildung von Arbeitnehmerinnen, die am stärksten von Arbeitsmarktveränderungen und Arbeitslosigkeit während der Coronapandemie betroffen waren.
- **Verpflichtung**, die globale Bildungsförderung vor Kürzungen in der Entwicklungszusammenarbeit zu schützen und bis 2030 die internationalen Normen zu erfüllen, die vorsehen, dass 10–15% der Fördermittel für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit in Bildungsförderung fließen.
- **Förderung** umfassender sexueller Bildung für Mädchen und Jungen in allen Schulen sowie sicherstellen, dass Bildungsmaterialien frei von Klischees sind und jungen Menschen eine Vielfalt an Geschlechtsidentitäten und geschlechtsspezifischen Rollenverteilungen vermitteln.

⁸ The Africa Report: "How COVID-19 disproportionately affected women-led businesses": <https://www.theafricareport.com/102008/how-covid-19-disproportionately-affected-women-led-businesses>. Zuletzt abgerufen am 28. März 2022.

Die Zeit für eine geschlechtergerechte Zukunft ist gekommen

KLIMAGERECHTIGKEIT

Der Klimawandel ist eine der größten Krisen, mit denen sich die Welt derzeit beschäftigt, und er verstärkt viele bereits bestehende Ungleichheiten: zwischen Volkswirtschaften mit niedrigem, mittlerem und hohem Einkommen, zwischen jetzigen und zukünftigen Generationen, zwischen allen Geschlechtern. Die Klimakrise trifft die marginalisiertesten und unterrepräsentiertesten Gruppen am härtesten. Dazu gehören Mädchen und Frauen, Menschen in ländlichen Regionen, ethnische, religiöse und sexuelle Minderheiten, indigene Völker und Menschen mit Behinderung. Eine effektive Eindämmungs- und Anpassungspolitik setzt evidenzbasierte Maßnahmen voraus, die in einem menschenrechtsbasierten und gleichstellungspolitischen Ansatz verankert sind. Die Perspektiven von Frauen und Mädchen sollten im Mittelpunkt von Klimagerechtigkeit stehen, sodass Frauen in all ihrer Diversität eine führende Rolle in allen Prozessen der Entscheidungsfindung einnehmen können.

Wir rufen die G7 dazu auf, am 1,5-Grad-Ziel festzuhalten und Folgendes zu leisten:

I. Investitionen in geschlechtersensiblen Klimaschutz und Maßnahmen zum Erhalt der Artenvielfalt, die ökosystembasiert und gemeinschaftsbetrieben sind und falsche Lösungen wie Geoengineering, Atomkraft und „Greenwashing“ ablehnen. Außerdem: Die strukturelle Anerkennung, dass Führungsrollen von Frauen, Mädchen und vulnerablen Gruppen unerlässlich für die Entwicklung nachhaltiger Lösungen sind, die niemanden zurücklassen.

II. Einführung eines CO₂-Preissystems, das sozial und geschlechtergerecht gestaltet ist, insbesondere durch die Umsetzung sinnvoller Kompensationssysteme, die geschlechtsspezifische Auswirkungen der Kohlenstoffpreisgebung miteinbeziehen. Aussetzung von umweltschädlichen Subventionen und Investition in gendertransformative Mobilität sowie in den Schutz und die Förderung der Artenvielfalt und die Unabhängigkeit von fossilen Treibstoffen.

III. Politik und Förderansätze der Klimafinanzierung unterstützen, die:

- **Direkte Förderung** für Frauen-, Frauenrechts- und Gleichstellungsorganisationen und für marginalisierte Gruppen bereitstellen. Außerdem muss Intersektionalität auch auf lokaler Ebene Berücksichtigung finden, insbesondere in Ländern, die besonders stark von der Klimakrise betroffen sind (verbesserter direkter Zugriff auf die Förderung).
- **Priorisierung** geschlechtersensibler Klimaförderung, um Strategien zur Katastrophenreduktion und -resilienz zu entwickeln, die die Versorgung, den Schutz und die Unterstützung von Frauen und Mädchen in den Mittelpunkt stellen, einschließlich Strategien, die auf die Anpassung und Resilienz aller Frauen und Mädchen gerichtet sind, die für ihr Wohlergehen und ihren Lebensunterhalt auf natürliche Ressourcen angewiesen sind.
- **Förderung** holistischer Analysen klimabezogener Verluste und Schäden mit einem starken Fokus auf die spezifischen Bedürfnisse von Frauen, Mädchen und marginalisierten Gruppen und Unterstützung transnationaler Bündnisse wie des Santiago Netzwerks.⁹
- **Verpflichtung** zur Beendigung der Schuldenkrise, um den finanziellen Spielraum für Klimamaßnahmen und Gleichstellung zu schaffen.

⁹ Das Santiago Netzwerk für Verluste und Schäden möchte die technische Unterstützung relevanter Organisationen, Institutionen, Netzwerke und Expert*innen katalysieren. Wir sind der Meinung, dass dies essenziell für die Inangriffnahme genderspezifischer Auswirkungen des Klimawandels ist. Siehe: <https://unfccc.int/santiago-network/about>. Zuletzt abgerufen am 28. März 2022.

Die Zeit für eine geschlechtergerechte Zukunft ist gekommen

- **Erreichen und Übertreffen** des jährlichen Klimaförderziels von 100 Milliarden Dollar mit zusätzlichen Fördermitteln für Länder mit niedrigen und mittleren Einkommen, wobei mindestens 50% der Anpassung an Klimaveränderungen gewidmet sein sollten. Außerdem: Sicherstellen, dass die Förderung gendertransformativ und für lokale feministische und Frauenrechtsorganisation zugänglich ist.
- **Förderung** des universellen Zugangs zu Gesundheitsleistungen für Frauen und Mädchen in all ihren intersektionalen Identitäten. Das sollte auch die Integration des Rechts auf sexuelle und reproduktive Gesundheit in das UNFCCC-Framework für nationalen Klimawandel, Katastrophenrisikomanagement, Bewältigungsstrategien, NDCs, Anpassungspläne und Förderung einschließen.

IV. Behandlung von Klimaflucht im Kontext internationaler Menschenrechtsverträge durch die Verbesserung und die Förderung von Landrechten und durch das Entwickeln feministischer und menschenzentrierter Lösungen. Priorisierung von Unterstützung und erhöhter Handlungsfähigkeit für Frauen und Mädchen, die durch Klimawandel und -katastrophen vertrieben wurden, um Bildungs-, Lebensunterhalt- und Landverlust; fehlendem Zugang zu Gesundheitsversorgung einschließlich sexuellen und reproduktiven Gesundheitsleistungen; erhöhtem Aufkommen von sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt; Ausbeutung und Menschenhandel entgegenzuwirken.

V. Gewährleistung einer gendertransformativen und gerechten Wende durch:

- **Anerkennung**, dass Sorgearbeit „grüne Arbeit“ ist und unter- und unbezahlte Sorgearbeit systematisch relevant für Klimaresistenz und -anpassung ist.
- **Etablierung** von ökonomischen und finanziellen Systemen und Infrastrukturen, die eine geschlechtergerechte Energiedemokratie fördern, sich von einem Top-Down-Markt-Ansatz für Energieproduktion, -verteilung und -kontrolle abwenden und Energiearmut als genderspezifische Thematik adressieren.
- **Abbau** von Hürden für Frauen und marginalisierte Gruppen, die in der Niedrigemissionen-/Nullemissionenwirtschaft arbeiten, etwa durch stärkere Anti-Diskriminierungsgesetzgebung und familienfreundliche Arbeitspolitik. Es braucht gesonderte Maßnahmen, um gezielt den Zugang zu Arbeitsplätzen in den grünen und blauen Wirtschaften, einschließlich in neuen und relevanten Technologiebereichen, für informelle und migrantische Arbeiterinnen und andere Personen, die intersektionalen Ungleichheiten ausgesetzt sind, zu verbessern.

Die Zeit für eine geschlechtergerechte Zukunft ist gekommen

FEMINISTISCHE AUSSENPOLITIK

Eine feministische Außenpolitik legt den Fokus auf Frieden, Gleichstellung, Intersektionalität und Umweltintegrität. Sie verankert, schützt und fördert die Menschenrechte Aller; sie setzt sich zum Ziel, patriarchale, koloniale und rassistische Machtstrukturen aufzubrechen; und sie widmet diesem Ziel signifikante Ressourcen, einschließlich der Forschung und der Unterstützung für lokale Frauenrechtsorganisationen. Ein feministischer außenpolitischer Ansatz konzentriert sich auf die Bedürfnisse und Lebensrealitäten der Menschen und geht dabei insbesondere auf marginalisierte Gruppen ein. Er fördert die bedeutsame Teilhabe von Frauen in all ihrer Diversität, bekämpft Ungleichheiten und ihnen zugrunde liegende Machtstrukturen, stellt Geschlechtergerechtigkeit in das Zentrum der Außenpolitik und verfolgt einen gendertransformativen und menschenrechtsbasierten Ansatz. Angesichts des Krieges in der Ukraine und des vernichtenden Einflusses anderer bestehender internationaler, regionaler und lokaler Konflikte äußern wir unsere Sorgen über zunehmende Aufrüstung und internationales Wettrüsten. Wir sind zutiefst beunruhigt über sich häufende Hinweise auf den systematischen Einsatz von sexualisierter Gewalt und Vergewaltigung als Kriegswaffe. Wir fordern einen radikalen Wandel hin zu einer feministischen Außenpolitik, in der politische Entscheidungen auf Teilhabe, Inklusion und einem menschenrechtsbasierten Ansatz beruhen, mit dem Ziel, Gerechtigkeit und bleibenden Frieden zu schaffen.

Wir rufen die G7 dazu auf, Folgendes zu leisten:

Der Verpflichtung, eine feministische Außenpolitik in allen G7-Ländern aufzunehmen für alle Politikbereiche, einschließlich Diplomatie, Sicherheit und Verteidigung, globale Gesundheit, Handel, Klima, Migration und Entwicklung, sowie die Gewährleistung, dass die Umsetzung dieser Politik der feministischen Zivilgesellschaft rechenschaftspflichtig bleibt.

- **Einbringen** feministischer Außenpolitik in multilaterale Räume, unter anderem Foren wie die Vereinten Nationen, die G20, die WHO, die WTO, IFIs, ITU, WIPO, OECD und der Global Partnership for Education.
- **Thematisieren und Abbauen** kolonialer Kontinuitäten in der nationalen und internationalen Außen- und Entwicklungspolitik.
- **Bekämpfung** gefährlicher Anti-Gender-, Anti-demokratischer- und Anti-Grundrechtsbewegungen sowie des Gender-Backlash, und Erfüllung politischer und finanzieller Zusagen durch konkrete Maßnahmen und Rechenschaftspflicht.
- **Reduzierung** der Rüstungsausgaben und Einführung effektiver Evaluations- und Rechenschaftsmechanismen, um den Einfluss von Militärexporten auf erhöhte geschlechtsspezifische Gewalt verfolgen zu können.

II. Umsetzung der UNSCR Agenda 1325 „Frauen, Frieden, Sicherheit“ und Bekräftigung des Bekenntnisses zu den vier Säulen des Women, Peace and Security and Humanitarian Action Compact¹⁰ als Teil des Generation Equality Forum. Außerdem: Erhöhung der Fördermittel für alle Aspekte der Agenda:

- **Vorbeugung** militarisierter und sozialer Konflikte durch den Einbezug von Expertinnen und betroffenen Gemeinschaften und indem ihnen Zugang zu Konfliktprävention, -analyse und -lösung in allen Politikbereichen gewährt wird. Sie sind die Menschen, die am meisten über

¹⁰ Forum Generation Equality (2021) Women, Peace and Security Humanitarian Action Compact <https://wpshcompact.org/>

Die Zeit für eine geschlechtergerechte Zukunft ist gekommen

geschlechtsspezifische, rassistische und kasten- oder klassenbasierte Ungleichheiten und die dazugehörigen globalen Machthierarchien wissen. Außerdem: Anerkennung und Thematisierung struktureller Konfliktursachen und Bevorzugung ziviler Krisenprävention und Dialogfindung gegenüber Militarisierung und bewaffneten Reaktionen.

- **Priorisierung und Gewährleistung** der bedeutsamen Teilhabe von Frauen auf allen Ebenen von Friedensprozessen, sodass sie mindestens 50% der Beteiligten ausmachen. Es ist unabdingbar, dass Frauen aus diversen Gemeinschaften, die intersektionalen Hürden ausgesetzt sind, aktiv und auf hochrangiger Ebene in diesen Kontexten teilhaben können.
- **Verabschiedung und Umsetzung** von Gesetzen, die das Leben und die Rechte von Menschenrechtsaktivistinnen (woman human rights defenders – WHRD) schützen, indem sie Gewalt durch staatliche und nichtstaatliche Akteur*innen bekämpfen.
- **Behandlung** des Kontinuums der Gewalt gegen Frauen und Mädchen, der sexualisierten Gewalt und der geschlechtsspezifischen Gewalt vor, während und nach Konflikten durch die weitere Förderung, Umsetzung und Auswertung des Call to Action on Protection from Gender-based Violence in Emergencies.
- **Gewährleistung**, dass alle humanitären Hilfs- und Wiederaufbaumaßnahmen geschlechter-sensibel sind und auf Analysen geschlechtsspezifischer Bedürfnisse basieren, dabei die Teilhabe von Frauen, die durch Krisen betroffen sind, in der Entscheidungsfindung sichergestellt werden.

III. Förderung der gleichberechtigten und bedeutsamen Teilhabe von Frauen in all ihrer Diversität an allen außenpolitischen Institutionen und Mechanismen, um einen transformativen Wandel sicherzustellen:

- **Förderung** und Gewährleistung einer sicheren und offenen Umgebung für die diversitätsbasierte Teilhabe und Führung von Frauen in der Politik, der Diplomatie, der Abrüstung und anderen internationalen und multilateralen Themenbereichen.
- **Unterstützung** der Teilhabe und Führung von Frauenrechtsorganisationen und feministischen Aktivistinnen bei der Formulierung, Umsetzung und Evaluation politischer Strategien. Rechenschaftspflicht gegenüber feministischen Bewegungen ist ein Schlüsselement der feministischen Außenpolitik. Starke feministische Bewegungen haben sich als förderlich für die Demokratie und die Rechenschaftspflichtigkeit erwiesen.
- **Förderung und Verbesserung** der Rechte von LGBTIQ*, indigenen Gemeinschaften, BIPOC, Menschen mit Behinderung und jungen sowie alten Bürger*innen auf allen Ebenen der Entscheidungsfindung.

IV. Gewährleistung langfristiger, flexibler und nachhaltiger Förderstrukturen für feministische Ansätze und Organisationen, mit Fokus auf lokalem Aktivismus, WHRDSs und WROs, als elementares Werkzeug der Außenpolitik:

- **Aufwendung** von 100% der bilateralen öffentlichen Entwicklungsfördermittel (ODA) für Programme, die sich Geschlechtergerechtigkeit als ein wesentliches Ziel gesetzt haben, und mindestens 20% bilateral zuweisbarer ODA für Programme, die Geschlechtergerechtigkeit als Hauptziel anführen, wobei insbesondere die Kern- und flexible Förderung prioritär an feministische und Frauenrechtsorganisationen, einschließlich lokaler Organisationen, gehen sollte.

IMPLEMENTIERUNGSPLAN W7 2022



Die Zeit für eine geschlechtergerechte Zukunft ist gekommen

- **Anerkennung** der fehlenden Fördermittel für Gleichstellung in von Konflikten betroffenen Regionen. 20% aller Fördermittel, die in Konfliktregionen fließen, sollten Geschlechterverhältnisse als Priorität thematisieren und entsprechend Frauenrechtsorganisationen direkt fördern.
- **Erhöhung** der flexiblen und nachhaltigen Förderung für feministische Gruppen und NGOs und Durchsetzung neuer spezieller Steuerregelungen, die Gleichstellung begünstigen.

Die Zeit für eine geschlechtergerechte Zukunft ist gekommen

GEWALT GEGEN FRAUEN UND MÄDCHEN UND GESCHLECHTSSPEZIFISCHE GEWALT BEENDEN

Gewalt gegen Frauen und Mädchen und geschlechtsspezifische Gewalt sind Menschenrechtsverletzungen. Sie sind sowohl Ursache als auch Folge von Geschlechter-Ungerechtigkeit und sie untergraben alle anderen Bemühungen um verbesserte Teilhabe und die Stärkung von Frauen. Weltweit erlebt mehr als jede dritte Frau geschlechtsspezifische Gewalt. Die Coronapandemie hat einen Anstieg der Gewalt gegen Frauen und Mädchen verursacht und zu einem erhöhten Bedarf an Unterstützungsangeboten für Betroffene geführt. Sie hat zudem die Herausforderungen sichtbar gemacht, die durch die chronische Unterfinanzierung, das Fehlen gendertransformativer Bildung und den fehlenden politischen Willen, Gewalt gegen Frauen und Mädchen zu verhindern und zu thematisieren, entstehen. In diesem Kontext braucht es einen verstärkten politischen Willen, sowie mehr Ressourcen und Verantwortungsübernahme in der Innen- und Außenpolitik.

Wir rufen die G7 dazu auf, Folgendes zu leisten:

I. Umsetzung von Gewaltschutzgesetzen, Richtlinien, Aktionsplänen und ihrem normativen Rahmen:

- **Unterzeichnung, Ratifikation und Umsetzung** der Europarats-Konvention zur Prävention und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt (Istanbul-Konvention) und Unterstützung des Entwurfs zu geschlechtsspezifischer Gewalt der Generation Equality Forum Action Coalition.
- **Einführung** umfassend koordinierter Richtlinien und Strategien gegen Gewalt gegen Frauen und Mädchen in all ihrer Diversität gemäß der Istanbul-Konvention und der Call to Action Roadmap¹¹ als Teil der Innenpolitik, einschließlich der Maßnahmen zur Bewältigung der Pandemie und anderer Krisen, in humanitären Kontexten und als integraler Bestandteil der Entwicklungszusammenarbeit.

II. Gewaltprävention, die für Frauen und Mädchen in all ihrer Diversität zugänglich ist:

- **Unterstützung** hochwertiger Programme der primären, sekundären und tertiären Prävention geschlechtsspezifischer Gewalt, die ganzheitlich und evidenzbasiert sind und sowohl durch die Lebensrealitäten von Frauen und Mädchen in all ihrer Diversität geprägt als auch für sie zugänglich sind, zum Beispiel gendertransformativ politische Bildung, feministische Selbstverteidigungsprogramme und umfassende sexuelle Bildung in schulischen und außerschulischen Kontexten.
- **Investitionen** in Pilotprojekte und Forschung, die das Verständnis über gesellschaftliche Einstellungen und Normen erweitern, die geschlechtsspezifischer Gewalt, einschließlich schädlicher Praktiken wie weibliche Genitalverstümmelung/-beschneidung und Zwangs- und Kinderheirat, zugrunde liegen.
- **Verpflichtung**, weibliche Genitalverstümmelung/-beschneidung innerhalb einer Generation weltweit abzuschaffen, insbesondere durch die Unterstützung entsprechender Bewegungen auf dem afrikanischen Kontinent.

¹¹ Am 25. September 2020 wurde die Roadmap des Call to Action on Protection from Gender-Based Violence in Emergencies 2021-2025 veröffentlicht. Die digitale Roadmap gibt es hier: <https://www.calltoactiongbv.com/what-we-do>. Zuletzt am 2. April 2022.

Die Zeit für eine geschlechtergerechte Zukunft ist gekommen

III. Gewährleistung betroffenenzentrierter Beratungs- und Unterstützungsstrukturen:

- **Bereitstellung** umfassender, integrierter und betroffenenzentrierter Unterstützungsangebote für Betroffene von geschlechtsspezifischer Gewalt sowie Finanzierung von Leistungen der sexuellen und reproduktiven Gesundheit innerhalb des formellen Gesundheitssystems und darüber hinaus, sowohl innenpolitisch als auch als Teil der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe. Diese Unterstützungsstruktur muss auf der Arbeit und Expertise von spezialisierten Frauenrechtsorganisationen basieren.
- **Einbezug** des Zugangs zu Frauenhäusern, psychosozialer und psychischer Gesundheitsversorgung, sicheren Schwangerschaftsabbrüchen, Notfallverhütung, sowie integrierter Screenings für häusliche oder sexuelle Gewalt in die sexuelle und reproduktive Gesundheitsversorgung, sowie in andere umfassende und inklusive Leistungen für Frauen und Mädchen in all ihrer Diversität, einschließlich für Personen mit diversen Geschlechtsidentitäten und andere marginalisierte Gruppen, die Gewalt, Misshandlung und Ausbeutung ausgesetzt sind.

IV. Ausreichende Fördermittel für die Prävention, den Schutz und die Bewältigung geschlechtsspezifischer Gewalt:

- **Verpflichtung**, einen festen Prozentsatz des BIP in Programme für Gewaltprävention, -schutz und -bewältigung im In- und Ausland zu investieren. Außerdem: Priorisierung von Genderanalysen und gendertransformativen Ansätzen als eine Voraussetzung für die Förderung von Entwicklungszusammenarbeit und humanitärer Hilfe festlegen.
- **Investition** weiterer 100 Millionen USD jährlich in UN Women, einschließlich den von UN Women verwalteten UN Trust Fund to End Violence against Women.
- **Erhöhung** der Fördermittel, um sicherzustellen, dass in allen Konfliktregionen Mindeststandards und -leistungen bezüglich geschlechtsspezifischer Gewalt bestehen, sowohl während anfänglicher Nothilfe als auch in andauernden Konfliktsituationen und während Übergangsphasen (z. B. Melde- und Koordinationsmechanismen, Vermittlungsverfahren und Zugang zu Versorgungsleistungen).
- **Förderung und Anerkennung** der Rolle von Frauenrechtsorganisationen und feministischen Bewegungen bei der Prävention und Bewältigung von geschlechtsspezifischer Gewalt, indem mindestens 25% der Fördermittel im Kampf gegen Gewalt in die Unterstützung dieser Organisationen und Bewegungen fließen, einschließlich Kernförderung und nicht zweckgebundener Fördermittel.

V. Sicherstellung der bedeutsamen Teilhabe von Frauen und Mädchen:

- **Unterstützung und Sicherstellung** der bedeutsamen Teilhabe von Frauen und jugendlichen Frauen in all ihrer Diversität, einschließlich Menschen mit Behinderung und LGBTIQ*, sodass sie an Entscheidungsfindungsprozessen hinsichtlich der Prävention und der Bewältigung geschlechtsspezifischer Gewalt beteiligt sind, gemäß der Women, Peace and Security Agenda auch in Konfliktsituationen.
- **Einsatz** für den Einbezug nationaler und regionaler Frauenrechts- und frauengeführter Organisationen in den gesamten Ablauf der humanitären und Entwicklungszusammenarbeit, sowie Sicherstellung ihres langfristigen Überlebens durch das Bereitstellen grundlegender, flexibler und langfristiger Finanzierung.

Die Zeit für eine geschlechtergerechte Zukunft ist gekommen

RECHENSCHAFTSMECHANISMEN

Geschlechtergerechtigkeit ist ein fundamentaler Faktor für nachhaltige Entwicklung und wirtschaftliches Wachstum und deshalb eine Priorität für die G7. Ohne klare Mechanismen zur Rechenschaftspflicht, die robuste, nach Geschlecht aufgeschlüsselte Daten und Mittel zur langfristigen Überprüfung umfassen, ist es schwierig, Fortschritt in Hinblick auf Geschlechtergerechtigkeit zu machen. Obwohl es eine G7-Accountability Working Group gibt, die sich mit der Überprüfung der Umsetzung der G7-Versprechen zu Entwicklungspolitik beschäftigt, bestehen Lücken hinsichtlich der Überprüfung und Rechenschaftspflicht bei innenpolitischen Gleichstellungsmaßnahmen. Es bedarf institutioneller Mechanismen, um Gleichstellungspolitik zu evaluieren und G7-Zusagen zur Förderung der Gleichstellung innerhalb der G7 zu überprüfen sowie um sinnvolle nächste Schritte zu bestimmen.

Wir rufen die G7 zu Folgendem auf:

I. Einführung von Rahmenbedingungen für eine Überprüfung bezüglich der G7-Zusagen zur Gleichstellung im In- und Ausland, einschließlich Rechenschaftspflicht für alle algorithmischen Systeme der Entscheidungsfindung, da sie überproportional Frauen, Mädchen und die marginalisiertesten Gruppen betreffen. Starker politischer Wille ist eine Grundvoraussetzung für effektives Monitoring und Evaluation. Rechenschaftsmechanismen sollten Teil der stehenden Agenda eines jeden G7-Vorsitzes sein, um politische Strategien und ihre Auswirkungen auf Frauen und Mädchen zu messen, anzupassen und zu bewerten.

II. Umsetzung des Monitoring-Vorschlags des GEAC, jährlich bei G7-Gipfeltreffen über Fortschritte im Bereich Gleichstellung zu berichten. Diese Berichte sollten die Umsetzung aller GEAC- und W7-Vorschläge seit 2018 überprüfen und die Arbeit der G7-Accountability Working Group zu geschlechtsspezifischen Entwicklungsversprechen ergänzen.

- **Einhaltung** von Geschlechtergerechtigkeit als Querschnittsprinzip in der Regierungsführung durch Verwendung anerkannter Werkzeuge wie Gender Impact Assessments, Genderanalysen von Gesetzgebung, Gleichstellungsmarkensysteme usw.
- **Bereitstellung** eines jährlich aktualisierten Dashboards, um Gleichstellung in den G7-Staaten sowie entsprechenden Fortschritt zu messen, unter Verwendung eines festgelegten Sets von Schlüsselindikatoren¹² in einer Reihe von Politikbereichen, die relevant für Geschlechtergerechtigkeit sind.
- **Publikation** eines Berichts („Umsetzungsbericht“) bezüglich der Umsetzung der Gleichstellungsversprechen der G7-Staaten alle drei Jahre.

III. Gewährleistung von Transparenz und regelmäßigen Evaluationen der Gleichstellungsstrategien und -verpflichtungen innerhalb der G7 mindestens alle drei Jahre durch öffentliche und unabhängige Organe, die auf Gleichstellung spezialisiert sind.

IV. Sicherstellung, dass durch nationale und internationale Maßnahmen zur Rechenschaftspflicht sowie vorläufige und betroffenenzentrierte Justizmaßnahmen, einschließlich Wahrheitskommissionen und Entschädigungsverfahren, Delikten nachgegangen wird, die potenziell auf eine **geschlechtsspezifische Verfolgung in Kriegen und Konflikten hinauslaufen.**

¹² Beispiel des OECD-Dashboards für Gleichstellung <https://www.oecd.org/gender/data/>. Zuletzt am 28. März 2022.

IMPLEMENTIERUNGSPLAN W7 2022



Die Zeit für eine geschlechtergerechte Zukunft ist gekommen

V. Entwicklung und Umsetzung von Mechanismen der Rechenschaftspflichtigkeit, um in G7-Staaten ansässige Unternehmen für Umweltzerstörung und Angriffe auf die Menschenrechte von Frauen und Umweltschützer*innen zur Verantwortung zu ziehen.

VII. Entwicklung robuster Maßnahmen, um die Ergebnisse und Auswirkungen von wirtschaftlichem Empowerment zu messen und das Wissen über und Bekenntnisse zu ganzheitlichen Empowerment-Ansätzen auszubauen.